

Martin Korol: Zur aktuellen Debatte über den Ukrainekrieg stelle ich zwei Artikel gegenüber, die dazu kontrovers Stellung beziehen.

Artikel 1:

Die Zeitschrift der Reservisten der Bundeswehr heißt LOYAL. Sie erscheint einmal im Monat. In seinem Editorial zur Nr. 9/2023 schreibt der Chefredakteur von LOYAL, Andre Uzulis:

„Ist die Zeitenwende abgesagt?

Die NATO-Nationen haben sich dazu verpflichtet, zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Bis zum Überfall Russlands auf die Ukraine vor anderthalb Jahren wurde das von den meisten Staaten als oberer Richtwert angesehen. Seit Putins imperialistischem Krieg soll es eher der Mindeststandard sein. Die Ampel-Regierung in Deutschland interpretiert das gemeinsame Ziel indes auf eigenwillig-kreative Weise: Zwei Prozent „im mehrjährigen Durchschnitt“ - gemeint sind fünf Jahre - sollen es sein. So steht es in der Nationalen Sicherheitsstrategie und im Gesetz zum Bundeswehr-Sondervermögen. Schon das ist verstörend genug und lässt auf eine Einschätzung der Lage schließen, die die Gefährdung des Westens durch Russland offensichtlich noch nicht voll erfasst hat.

Nun nimmt die Bundesregierung auch noch Abstand von ihrem Plan, das Zwei-Prozent-Ziel als Finanzierungshorizont rechtsverbindlich in den kommenden Haushalt zu schreiben. Vor allem das Auswärtige Amt bremst hier; es hält die geltende Rechtslage für ausreichend. Damit ist die jährliche NATO-Quote für Deutschland trotz Zusage an die NATO nicht wirklich bindend. Die Zeitenwende scheint abgesagt. Deutschland gibt zu, dass es weder willens noch in der Lage ist, seine Verpflichtungen so einzuhalten, wie sie vereinbart waren. Angesichts dessen, was sich direkt vor den NATO-Grenzen in der Ukraine abspielt, ist das ein fatales Signal an unsere Partner.

Da passt es ins Bild, dass Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Lieferung der von der Ukraine dringend benötigten Taurus-Marschflugkörper wieder einmal zögert. Seit dem Versprechen der damaligen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, der Ukraine 5.000 Helme zur Verfügung zu stellen, spielt sich die immer gleiche Tragikomödie ab, bei der die Öffentlichkeit nicht weiß, ob sie lachen oder weinen soll. Die Dramaturgie: 1. Akt: Die Ukraine fragt in Berlin ein

bestimmtes Waffensystem an. 2. Akt: Die Grünen und die FDP befürworten die Lieferung, weil sie dem Land helfen wollen. 3. Akt: Maßgebliche Teile der SPD widersprechen vehement, weil sie Angst vor Putin haben und eine „Eskalation“ befürchten; der Kanzler zaudert. 4. Akt: Während der wochenlangen Diskussion in Deutschland sterben noch mehr Menschen in der Ukraine. 5. Akt: Der Kanzler gibt das gewünschte Waffensystem dann endlich doch frei, nachdem Vergleichbares auch die Amerikaner liefern.

Dieses Muster wiederholt sich nun seit anderthalb Jahren. Es ermüdet die Öffentlichkeit, verdrießt die Ukrainer und schadet dem Ansehen Deutschlands. Egal, ob Zwei-Prozent-Ziel oder direkte Unterstützung der Ukraine: Die Haltung der politisch Verantwortlichen nährt Zweifel, dass die Zeitenwende von ihnen verinnerlicht worden ist. Die Bundesregierung muss endlich erkennen, dass ein Durchwurschteln wie bisher in der Verteidigungspolitik nicht mehr möglich ist. Es braucht nicht nur ein Bekenntnis zur Verteidigungsfähigkeit, sondern auch konkrete Maßnahmen zu ihrer Stärkung. Verteidigungsminister Boris Pistorius, der mit viel Vorschusslorbeeren gestartet ist, dürfte hier durchaus vernehmbarer als bislang sein. Dass es auch anders geht, zeigen die Polen. Sie bauen gerade ihre Streitkräfte angesichts der russischen Bedrohung zu dem aus, was die Bundeswehr einmal war, bevor man sie kaputtgespart hat: zur stärksten Armee Europas.“

Artikel 2

Günter Verheugen: „Das Gemetzel muss beendet werden“ Weser-Kurier.

28.08.2023

Krieg in der Ukraine: Günter Verheugen über Friedensverhandlungen und die Debatte in Deutschland.

Silke Hellwig

Herr Verheugen, was vermuten Sie in Zusammenhang mit dem Flugzeugabsturz, bei dem Jewgeni Prigoschin ums Leben gekommen ist?

Günter Verheugen: Ich kann da nur spekulieren wie alle anderen auch. Die üblichen Theorien kursieren: Dahinter steckt Putin, der russische Generalstab, die Ukraine, die CIA ... ich weiß nicht das Geringste. Alles ist möglich, und man kann frei nach Schillers Maria Stuart feststellen: „Dieser Prigoschin starb Euch sehr gelegen.“

Davon abgesehen scheint die Vorstellung, mit Russland friedlich und kooperativ ein geeintes Europa zu formen, derzeit so weit weg wie der Mond von der Erde.

Wenn wir die großen Aufgaben betrachten, die uns als Menschheit und Staatengemeinschaft gestellt sind, ist ein Krieg das letzte, was wir brauchen. Wir müssen unsere Kräfte konzentrieren, um die großen, lebensbedrohlichen Krisen zu bewältigen. Da kann man nicht einen Staat ausschließen, weil einem die Zustände dort nicht gefallen.

Sondern?

Ich bin sehr geprägt von der frühen Entspannungspolitik. Ich habe sie nicht nur miterlebt, sondern ich war daran beteiligt. Wenn Willy Brandts Position gewesen wäre, dass man mit Breschnew nicht reden kann, wäre der Kalte Krieg bis heute nicht beendet. Wenn ich möchte, dass sich die Verhältnisse in einem autoritären Staat ändern, erreiche ich das nicht mit militärischem Druck, sondern indem ich ein Vertrauensverhältnis schaffe.

Sie sagen, dass der Krieg in Deutschland auf einen Kampf zwischen Gut und Böse reduziert wird. Es gibt eine ungeheure Solidarisierung mit dem Guten, der Ukraine, gegen das Böse, Putin und Russland. Wie erklären Sie sich das?

Der Umsturz in der Ukraine wird bei uns dargestellt als eine demokratische Revolution von begeisterten Pro-Europäern. Das war eine fabelhafte PR-Nummer, denn es ist nur ein Ausschnitt der Wahrheit. Es war ein vorbereiteter Staatsstreich. Die ersten Maßnahmen der Übergangsregierung waren gegen die russischstämmige Bevölkerung in der Ukraine gerichtet. Dann begann der Krieg, 2014 mit der sogenannten Anti-Terror-Operation, und die russische Politik von Putin wurde dämonisiert. Die Annexion der Krim hat ihn ins Unrecht gesetzt, das machte es leicht. Der Krieg in der Ukraine wird entsprechend überhöht zu einem Kampf zwischen rivalisierenden Systemen.

Zwischen Demokraten und Autokraten ...

... aber das ist dieser Krieg nicht. Es geht nicht um Ihre oder meine Sicherheit. Wegen meiner Freiheit und zur Verteidigung meiner demokratischen Rechte muss kein Mensch in der Ukraine sterben. Meine Freiheit ist nicht durch Russland bedroht. Schon allein das zu sagen, bringt einen heute in den Verdacht, ein nützlicher Idiot des Kremls zu sein. Deshalb, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es besteht kein Zweifel daran, dass Russland der Aggressor ist, Verträge und Grundsätze verletzt hat, die das friedliche Zusammenleben in Europa regeln sollen. Aber man muss die Vorgeschichte dieses Kriegs kennen, um sich ein sachliches Urteil zu bilden.

Inwiefern?

Statt einfach zu behaupten, der Zweite Weltkrieg sei allein auf einen Verrückten namens Hitler zurückzuführen, gibt es zu der Vorgeschichte eine Bibliothek mit Millionen Büchern. Das ist bei diesem Krieg nicht anders: Ein langer Weg hat dorthin geführt, wenn wir ihn nicht erkennen wollen, sind wir dazu verurteilt, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Wie kommt es, dass die Vorgeschichte in der derzeitigen Debatte so gut wie keine Rolle spielt?

Weil es in der offiziellen westlichen Darstellung keine Vorgeschichte gibt. Zudem übt die Ukraine moralischen Druck aus, dieser Druck wird in den deutschen Medien massiv verstärkt. Die Waffen, die an die Ukraine geliefert werden, sind nie genug. Und ich frage

mich, wohin das am Ende führen soll, wenn man es auf der anderen Seite mit einer Atommacht zu tun hat.

Sie fragen auch, welches Ziel Deutschland mit seiner Beteiligung am Krieg hat.

Ich habe absolut nichts dagegen, dass wir der Ukraine helfen, ihre Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen. Die Fragen sind nur: Wie soll der Krieg beendet werden und was kommt danach? Bleibt es bei der Idee eines geeinten Europas? Welche Rolle soll Russland darin künftig spielen? Wenn das politische Ziel des Westens ein sogenannter Siegfrieden ist, bei dem der Westen Russland die Friedensbedingungen diktieren kann, dann sage ich: Dieses Ziel ist nicht erreichbar. Wenn das Ziel Regime Change heißt, einschließlich Putin loszuwerden, dann kann ich nur vor Träumereien warnen. Wenn das Ziel ist, Russland zu ruinieren, wie Annalena Baerbock es formulierte: Auch dieses Ziel ist nicht erreichbar. Wenn das Ziel ist, Russland zu isolieren: Auch das ist nicht geschehen.

Noch einmal zurück zu der Frage von Gut und Böse: Wie erklären Sie sich, dass die Debatte in Deutschland verengt ist?

Ich kann diese Frage nicht vollends beantworten. Einen Grund sehe ich in der fundamentalistischen Außenpolitik der Grünen. Mir war unwohl, als sich die Ampelkoalition gebildet hat. Nicht nur, weil man vorhersehen konnte, dass sich die Parteien ständig streiten würden, sondern eben wegen der grünen Außenpolitik. Sie macht unsere angeblichen hohen moralischen Ansprüche zum Maßstab für alles und ist mit Sanktionen (völkerrechtswidrig) und Pressuren schnell bei der Hand. Die Ziele, für die die Bundesaußenministerin eintritt, sind wunderbar: Wer wollte nicht mehr Freiheit, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit? Aber wie setzt man das in einer Welt durch, die bei uns Heuchelei erkennt und doppelte Standards beklagt?

Wie?

Jedenfalls nicht durch Repressalien und Belehrung. Die Welt ändert sich dramatisch. In der Konferenz der Brics-Staaten zeigen sich die Umrisse einer neuen Weltordnung – nicht zu unseren Gunsten. Die einflussreichsten Weltregionen der Zukunft liegen nicht in Europa oder Nordamerika, sondern in Asien, Lateinamerika und Afrika. Die Botschaft der Brics-Staaten ist: Wir haben es satt, ständig von euch belehrt, geschurigelt und bevormundet zu werden. Unsere Welt ist so beschaffen, dass man nur mit Gesprächsbereitschaft und im Dialog unter Beachtung der gegenseitigen Interessen einen Weg findet, im Frieden miteinander zu leben.

Auch die Ukraine hat eine Vorgeschichte ...

Die Minsker Abkommen sollten eine Lösung für die inneren Konflikte in der Ukraine finden. Mich macht betroffen, dass der damalige Bundesaußenminister und heutige Bundespräsident diese Bemühungen inzwischen als Fehler ansieht. Noch betroffener macht mich, dass Frau Merkel heute sagt, das sei alles nicht ernst gewesen. Denn das Minsk-2-Abkommen sollte die Rechte der russischen Minderheit sicherstellen. Zur vollen Wahrheit gehört, dass die Verantwortlichen in der Ukraine nicht einen Tag lang ernsthaft daran gedacht haben, die im Abkommen vorgesehen Maßnahmen umzusetzen.

Mit den Verantwortlichen meinen Sie ukrainische Oligarchen?

Ja, und ihre Marionetten in der ukrainischen Politik. Die Ukraine ist ein Land mit ungeheurem Potenzial. Das zivile Engagement ist ungemein groß. Es gibt natürliche Reichtümer. Die Ukraine könnte ein glückliches stabiles Land sein. Aber die beiden Hauptprobleme des Landes sind seit dreißig Jahren ungelöst: endemische Korruption und Oligarchenherrschaft.

Deutschland gibt wieder deutlich mehr Geld für Rüstung aus. Hätten Sie sich das träumen lassen?

Rüstungsaufwendungen sind die unproduktivsten und umweltfeindlichsten Ausgaben, die man sich vorstellen kann. Wir finanzieren sie durch Kredite. Man könnte also von Kriegskrediten reden, und jedem Sozialdemokraten müssten sich dabei die Haare aufrichten. Der Rüstungswettlauf hat längst begonnen. Das wird nicht gut enden. Ich plädiere dafür, die Rüstungskontrollpolitik wieder aufzunehmen. Das ist die Überlebensfrage schlechthin.

Wieso stehen Ihren Parteifreunden nicht die Haare zu Berge?

Das mag damit zusammenhängen, dass eine andere Generation von Politikern am Werke ist. Mangelndes Geschichtsbewusstsein spielt sicher eine Rolle. Ich bin geprägt von der frühen Bundesrepublik. Ich erinnere mich daran, wie das Leben in einem nicht nur materiell, sondern auch moralisch zerstörten Land ausgesehen hat. Nie wieder Krieg, das ist im Bewusstsein meiner Generation und derjenigen, die den Krieg selbst noch erlebt haben, tief verankert.

Wie wird es weitergehen?

Es ist doch offensichtlich, dass die Ukraine verzweifelt versucht, dass das Engagement des Westens und der Nato die Grenze zur direkten Intervention überschreitet. Das hätte die direkte Auseinandersetzung der beiden Super-Atommächte zur Folge und wäre der Schritt in den Abgrund. Wir müssen also unsere ganze Kraft einsetzen, um Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bekommen. Ich halte es für einen Fehler, die Strategie der Ukraine bedingungslos zu unterstützen, ohne Verhandlungsbereitschaft zu verlangen, und zwar ohne Vorbedingungen.

Warum sollte Russland verhandeln?

In der Tat, Russland haben wir nicht mehr viel anzubieten. Dennoch glaube ich, dass die Option einer engen Kooperation mit der EU für Russland immer noch attraktiv ist. Und wenn man in Deutschland sagt, dass man mit diesen Verbrechern doch nichts mehr zu tun haben kann, möchte ich in aller Bescheidenheit auf unsere Vergangenheit hinweisen wollen. Wir haben einen Krieg angefangen, der alle Maßstäbe gesprengt hat, trotzdem wurde uns nach 1945 wieder die Hand gereicht.

Sehen Sie eine Chance für Dialog und Aussöhnung?

Die gibt es immer.

Deutet irgendetwas darauf hin?

Ich habe den Eindruck, dass in allen europäischen Ländern die öffentliche Skepsis gegenüber der jetzigen Ukraine-Politik wächst. Ich habe sogar den Eindruck, dass die

große Mehrheit der Deutschen zwar dafür ist, dass man der Ukraine beisteht, aber auch fordert, dass der Krieg so schnell wie möglich beendet und in Friedensverhandlungen eingetreten wird. Das Gemetzel muss beendet werden. Das zu bewirken ist die wichtigste Aufgabe der deutschen und europäischen Politik.

Das Gespräch führte Silke Hellwig.

INFO

Mit den Ursachen und Folgen des Kriegs in der Ukraine befasst sich auch der Band "Ukrainekrieg: Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht", den der Bremer Politikwissenschaftler Stefan Luft mit herausgegeben hat. Zu den Autoren zählen unter anderem der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und der Soziologe Wolfgang Streeck sowie der französische Osteuropa-Experte David Teurtrie.

ZUR PERSON

Günter Verheugen

war viele Jahre Mitglied der FDP, unter anderem war er ihr Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär. 1982 wechselte er in die SPD. Er war Bundesgeschäftsführer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion sowie Staatsminister im Auswärtigen Amt. Von 2004 bis 2009 war er EU-Kommissar in Brüssel und Vizepräsident der Europäischen Kommission.